

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei direktem Postbezug monatlich 5,15 M., bei Zustellung unter Straßenschild für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Post 13.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Jede Seite kostet die abgesetzte Honorarstelle 20, wenn keine andere Anweisung erfolgt. Die Honorarstellen sind 20 M., das letzte Heft 1,15 M., jedes weitere Heft 25 Pf., wenn keine andere Anweisung erfolgt. Die Honorarstellen sind 20 M., das letzte Heft 1,15 M., jedes weitere Heft 25 Pf., wenn keine andere Anweisung erfolgt. Die Honorarstellen sind 20 M., das letzte Heft 1,15 M., jedes weitere Heft 25 Pf., wenn keine andere Anweisung erfolgt.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2895-96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Erschließung des Ostens.

Handelsverkehr mit Rußland.

Paris, 10. Februar.

Der Oberste Wirtschaftsrat hat den Bericht der permanenten Kommission über die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Verkehrs mit der Generalunion der russischen Konsumvereine erhalten. In diesem Bericht wird ein Telegrammaustausch zwischen den Vertretern dieser Vereine in London und ihren Vertretern in Moskau veröffentlicht. Der Zentralverband wird jetzt Vertreter nach England und Frankreich schicken, um sich dort über den Austausch von Waren zu verständigen.

Bekanntlich hat die Entente die Blockade gegen Rußland aufgehoben und einen Handelsverkehr mit den russischen Konsumgenossenschaften organisiert. Die Entente betont dabei ausdrücklich, daß sie nicht beabsichtigt, mit den Sowjet-Behörden in Verbindung zu treten. Doch braucht man sich selbst gegenüber dieser Erklärung über die wahre Bedeutung dieser Aktion nicht zu täuschen. Sie bedeutet tatsächlich den ersten Schritt einer Verständigung der kapitalistischen Westmächte mit dem sozialistischen Rußland, die allerdings von beiderseitigen materiellen Notwendigkeiten diktiert ist.

Liberales englische Stimmen zur Auslieferungfrage.

H. N. London, 10. Februar.

„Manchester Guardian“ bespricht heute die Tatsache, daß England und Frankreich je dem Wunsche nach einem Nachgeben in der Auslieferungfrage das Argument entgegenhalten, es handele sich um eine Kräfteprobe. Wenn man hier nachgibt, muß man überall nachgeben. Das Blatt meint, das sei ein Argument der Schwäche und der Torheit. Der Vertrag werde nicht dadurch am besten verteidigt, daß man sich auf diejenigen Bestimmungen versteife, die sich am wenigsten vertheidigen ließen, sondern dadurch, daß man diese Bestimmungen ändere und aus einem unbrauchbaren ein brauchbares Werkzeuge mache. Nichts sei sicherer, als daß der Vertrag dann in seinem vollen Umfange ausgeführt werden könne. Warum also, wenn nicht den Mut haben, ihn zu verbessern? fragt das Blatt, wo er verbessert werden muß?

„New Statesman“ tritt im Zusammenhang mit der Auslieferungfrage ebenfalls für eine Abänderung des Vertrages ein und meint, eine Revision sei absolut notwendig. Es könne auch eine Revision sein, die allmählich zustande kommt, z. B. wenn man den Deutschen gestatte, bestimmte Artikel, die von der öffentlichen Meinung der westlichen Länder doch nicht unterhüt werden, nicht durchzuführen. Man werde auf diese Weise zu einer Auslese der Friedensbestimmungen kommen. Der Vertrag müsse dann in Kraft, insofern als das französische und das englische Volk ihn unterhüt. Die Bestimmungen über die sogenannten Kriegsverbrecher seien aber dem Vertrag nur hinzugefügt worden, damit noch mehr Papier verbrannt werde.

„Nation“ erörtert in die Bedingungen, unter denen Deutschland den Waffenstillstand geschlossen hat. Das Blatt schreibt, es wären hauptsächlich die bekannten 14 Punkte des Präsidenten Wilson, die als Grundlage dienen sollten. Keine einzige Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages gebe den Alliierten das Recht, deutsche Offiziere und Staatsmänner für ein Kriegsverbrechen in den Entente-Ländern anzufordern. Die Bestimmungen des Friedensvertrages seien von den Deutschen nur gezwungen unterzeichnet worden und ständen im Widerspruch zu den Waffenstillstandsbedingungen. Das Blatt hofft, daß sich zu den Waffenstillstandsbedingungen. Das Blatt hofft, daß sich noch ein Ausweg finden werde, um den Schwierigkeiten zu entgehen. Es sei höchste Zeit, daß Liberale und Sozialisten gemeinsam gegen ein Unrecht aufstehen, das außerdem auch noch eine Gefahr bedeute.

Englische Finanzjußte.

Auch im siegreichen England machen sich an dem und immer deutlicher finanzielle Schwierigkeiten bemerkbar. Man versucht auf englischer Seite, dieser Schwierigkeiten durch gemeinsame Finanzoperationen, insbesondere mit Amerika, Herr zu werden. In Amerika hat sich die letzte Woche wesentlich dafür

gezeigt. Nun mocht der englische Finanzfachverständige Sir George Paish im Zusammenhang mit der notwendigen Lösung des immer schwieriger werdenden Finanzproblems den Vorschlag, daß der Völkerverbund die Bürgschaft für eine große Anleihe übernehmen solle. Der Oberste Rat solle alle Schritte unternehmen, um die Ausdehnung einer solchen Anleihe in die Tat umzusetzen. An der Anleihe hätten sich alle dem Völkerverbund angeschlossenen Staaten zu beteiligen.

In diesem Zusammenhang ist eine Äußerung Lloyd Georges interessant, der einer Abordnung demobilisierter Soldaten und Seeräte eine Erhöhung der Kriegspensionen mit der Begründung ablehnt, das Land stehe gebeugt unter einer Schuldenlast von 800 Millionen Pfund Sterling und könne weitere Kosten nicht tragen.

„Daily Chronicle“ teilt mit, daß die Salutarfrage der englischen Regierung große Sorgen mache, besonders da das ständige Sinken des Sterlingkurses in den Vereinigten Staaten die Preise wichtiger Lebensmittel steigere und dies noch viel mehr tun werde, wenn die jetzt vorhandenen Vorräte erschöpft seien. Das Brot, das jetzt 9% Preiserhöhung, werde ohne den Zuschlag der Regierung 15% Preiserhöhung kosten müssen.

Unaufsichtliche politische Gegner.

Die „Rheinische Republik“, das Organ des Rheinland-Bundes, antwortet in ihrer neuesten Nummer auf die Angriffe des Ministers Heine gegen dieses Blatt. Und interessiert dieser Streit an sich nicht mehr, nachdem unsere Abgeordneten in der preussischen Landesversammlung die Unterstellung des Ministers, das Blatt sei Organ und seine Redakteure, die Herren Baumann und Smets, seien Mitglieder unserer Partei, als völlig haltlos zurückgewiesen haben. Die offiziöse „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aber begleitet die Auseinandersetzung mit einem Artikel, in dem sie — nimmer wieder — ein besseres Wissen — die Behauptung wiederholt, die „Rheinische Republik“ sei ein Blatt der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Baumann hatte sich bekanntlich noch Heines Ausfragen der preussischen Regierung zu Spitzdiensten angeboten. Das offiziöse Blatt schreibt nun:

„Wie in solchen Fällen üblich, wenn unaufrichtige politische Gegner ihr Spiel erlennen, sucht Herr Smets den Spieß umzudrehen, indem er behauptet, daß Baumann nach drei Tagen Redaktionsstätigkeit an seinem Blatte von ihm als preussischer Spion erlennen und hinausgeworfen worden sei.“

Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist von dem Streit der Herzen von der „Rheinischen Republik“ untereinander nichts bekannt. Auch wir wissen nichts davon, da die Leute nichts angehen. Wir wissen nur, daß Smets, der vorübergehende Mitglied unserer Partei war, ausgeschlossen worden ist, und daß sein und des Herrn Baumann Organ nie das Recht hatte, im Namen unserer Partei zu sprechen. Beides ist Herr Heine gegenüber in der Landesversammlung festgestellt worden.

Daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in ihren Parlamentsberichten die betreffenden Erklärungen unserer Fraktion unterschlagen oder verstümmelt wiedergegeben hat, wundern uns nicht. Das hat die gesamte Presse getan. Aufs kürzeste zu verurteilen und der Art „unaufrichtiger politischer Gegner“, um mit der „D. A. Z.“ zu sprechen, würdig aber ist es, wenn das Blatt der übrigen Presse annimmt das Stichwort zur Weiterverbreitung der bössartigen Legende zurück. Das schmerzliche „Hilfsorgan“ schreibt, es sei bei den Unabhängigen und ihren Gesandten „Wächtern“, alles Kompromittierliche auf Spitzdienste zurückzuführen, und es behauptet mit fleißiger Unverschämtheit, die „Rheinische Republik“ sei „gleichzeitig Unabhängigenorgan und Organ des Rheinlandbundes.“

Wie ketonen demgegenüber, daß wir uns durch das Blatt der Rheinlandbündler und durch die Taten und Meinungen seiner Redakteure nicht kompromittiert fühlen, da wir mit dem Unternehmen nicht das mindeste zu tun haben. Wir unterstreichen nochmals die Erklärungen unserer Genossen in der Landesversammlung und fügen zum Ueberflus hinzu, daß das Kölner Organ unserer Partei „Sozialistische Republik“ heißt. Haben aber wenig Hoffnung, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ damit zur Betätigung besserer journalistischer Manieren zu bewegen. Sie liegen ihrem Wesen und ihren Aufgaben allzufern.

Gewalt und Tarif.

Zwei Tarifverträge sind in den letzten Wochen dem Abschluß entgegengeführt worden, die für das deutsche Wirtschaftsleben von fundamentaler Bedeutung sind: die Tarife für die Bergarbeiter und Eisenbahner. Ist der letzte auch noch nicht unterschrieben, so sind doch nun wenigstens die wichtigsten Positionen über die Löhne festgesetzt, so daß zu erwarten ist, daß auch hier der endgültige Abschluß bald erfolgen wird.

Wie die Tarifverträge sich ganz allgemein immer mehr zu wichtigen Ecksteinen des Wirtschaftslebens gestalten — oder doch gestalten können, wenn sie so abgeschlossen werden, daß ihr Inhalt der Geltung der Arbeiterklasse im Wirtschaftsleben entspricht —, so gilt das vor allem für Tarifverträge für so wichtige Produktionszweige, wie Bergbau und Eisenbahnwesen. Es wäre daher zu wünschen gewesen, daß ihr Abschluß den Arbeitern volle Befriedigung gebracht und die Zustände in den Betrieben zu einer dauernden Befestigung geführt hätte.

Das ist jedoch nicht der Fall. Bei der Vollendung beider Tarifverträge wird ein Stachel zurückbleiben, beide Verträge sind unter dem unglücklichen Stern des Ausnahmezustandes geboren.

Tarifverträge sind keine toten Akten. Sie sind die in Gestalt komplizierter und dennoch dürftiger Wortformulierungen zu Papier gebrachten Gesetze für das Zusammenleben und Aufeinanderwirken widerstreitender Faktoren des Wirtschaftslebens. Nicht nur ihre Form, sondern auch die Art ihres Werdens ist bestimmend für ihre Wirkung, bestimmend für den Grad, in dem sie die an sich unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit für eine begrenzte Zeit zum Schweigen bringen. Tarifverträge sind mithin auch eine Sache von Treu und Glauben.

Und sie können sich nicht voll auswirken, wenn bei ihrem Zustandekommen mehr oder minder starke Gewaltmittel gegen den einen und noch dazu notorisch schwächeren Kontrahenten, gegen die Arbeiterklasse zur Anwendung kommen.

Gewalt steht in unvereinbarem und offenem Gegensatz zur Tarifvertragsidee. Das sollten sich gerade diejenigen Kreise vor Augen halten, die sich von Tarifen eine weit „legensreichere“ Wirkung versprechen als wir. Diese Leute — mit der von Sozialdemokraten gewerkschaftlicher Zählung durchsehten Regierung an der Spitze — geraten in Widerspruch zu sich selbst, wenn sie Tarifverträge mit Gewalt erpressen oder durch Gewaltmaßnahmen die Kontrahenten des Mißtrauens und der Verbitterung auf ihr Zustandekommen werfen.

Das war bei den beiden genannten Vertragswerken leider der Fall. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Regierung den Ausnahmezustand als Präventivmittel gegen die Bewegungen der Bergarbeiter und Eisenbahner verhängt hat. Das ist von neuem bestätigt worden durch eine am Sonnabend ergangene öffentliche Mitteilung des Reichskanzlers an die Berliner Gewerkschaftskommission über die Gründe für den Ausnahmezustand, in der gesagt wird, daß die wirtschaftliche Katastrophe nicht vor der Tür stehe, und daß in dieser Situation das Verbot der Kohlenförderung und des Eisenbahnverkehrs besonders unheilvoll wirken müsse.

In den Bergarbeitern ging der Kampf um die Sechsstundenfrist. Wegen die Forderung der Bergarbeiter wurde eingemeldet, daß die sofortige Einführung der Schichtverlängerung bei dem gegenwärtigen Tiefstand der Technik und der geringen Zahl der Beschäftigten, deren Erhöhung durch den Mangel an gekulten Arbeitern und an Arbeiterwohnungen unmöglich gemacht wird, eine unheilvolle Senkung der Förderleistung zur Folge haben würde. Im Ruhrreviere wurden Truppen bereit gehalten, um Streiks der Bergleute, wenn möglich mit Gewalt, zu unterdrücken. In dieser feindseligen Atmosphäre kam der neue Bergarbeitertarif zustande.

Um eine endgültige Stellung der organisierten Berg-

Arbeiter zu der Frage herbeizuführen, falls der Vergarbeiter-Verband zum 24. Januar eine außerordentliche Generalversammlung nach Vornum einberufen. Die Versammlung hat die früheren Beschlüsse der Vergarbeiter bestätigt. Es ist von neuem dahin entschieden worden, daß an der Forderung der Sechsstundenschicht grundsätzlich festgehalten werden müsse, daß ihre Durchführung aber nur auf Grund internationaler Verständigung möglich werde, für die geeignete Vorbereitungen sofort zu treffen seien. Der Streik um die Einführung der Sechsstundenschicht zum 1. Februar lehnte die Versammlung mit großer Mehrheit ab.

Die Vergarbeiter haben sich diesem Beschlusse untergeordnet. Zu Streiks ist es nicht gekommen. Die militärischen Vorbereitungen des Herrn Sebering waren also überflüssig. Wie begründen das, denn — abgesehen von den anderen Gründen, die gegen die sofortige Sechsstundenschicht sprechen mögen — sind auch wir der Meinung, daß die Erhaltung der Disziplin, die Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit innerhalb der Arbeiterorganisationen heute notwendiger ist als je. Aber wir möchten doch vor dem müßigen Glauben warnen, daß es immer so gehen wird. Ob es den Verleuten für die Dauer möglich sein wird, das Verwirklichen der Notwendigkeit der Disziplin in ihren eigenen Reihen zu erhalten, und ob es in Zukunft der gegenwärtig in den Organisationen geltenden Auffassung gelingen wird, eine Mehrheit für sich zu gewinnen, hängt ab von der Energie, mit der Regierung und Vergarbeiterverband in nächster Zeit die Vorbedingungen für die Sechsstundenschicht zu schaffen suchen.

Sie aber können nicht allein in internationalen Vereinbarungen bestehen. Durch solche wird weder die dringend notwendige Verbesserung der Technik, noch die Verbesserung der Lebenshaltung und ihre Unterbringung in gesunden Wohnungen herbeigeführt. Zwischen dem Versprechen an die Vergarbeiter und den Gründen für die gegenwärtige Ablehnung der Sechsstundenschicht liegt ein Widerspruch. Selbst der „Vorwärts“ brachte in den kritischen Tagen eine Korrespondenz aus dem Ruhrrevier, in der es heißt, die Sechsstundenschicht wäre „sehr viel rascher allgemein ohne Schädigung der Produktion durchzuführen, wenn die Unternehmer nicht den technischen Ausbau ihrer Betriebe in einer Art und Weise vernachlässigten, die dem Verdacht der absichtlichen Sabotage immer neue Nahrung gibt“.

Die Vergarbeiter haben sich gefügt. Aber nicht, weil die Forderungen als privatwirtschaftliche Unternehmungen, die sie noch immer sind, an dem Sechsstundentag bankrott gegangen wären. Die Vergarbeiter wollen arbeiten für die Gesamtheit. Die Sechsstundenschicht ist nicht als Vergarbeiterfrage, sondern als Problem hingestellt worden, dessen Lösung die Gesamtheit berührt. Nun gut. Aber dann können die Vergarbeiter fordern, daß die Gesamtheit hauernd — nicht nur in kritischen Situationen — ihrer gedankt und daß alle Kräfte der Gemeinschaft, von der bei allen traurigen und festlichen Anlässen stets mit Pathos geredet wird, eingesetzt werden, um dieses Grundproblem der Gesamtheit zu lösen. Die Regierung hat die Pflicht, die Hochburgen zum Bau von Wohnungen und zur Entwicklung der Technik zu jener Höhe zu zwingen, die den Sechsstundentag möglich macht, und sie muß mit diesem Anspruch bis zur äußersten Grenze, bis zur Ueberflutung der Beiden in Gemeinlichkeit gehen.

Auch auf dem Tarif der Eisenbahner ruht ein Schatten, der in der beteiligten Arbeiterschaft keine ungestörte Zustimmung aufkommen läßt. Witten in die Beratungen blähe, überraschen die für die Arbeitervertreter, die Nachricht hinein, daß die Beschlüsse 18 der größten Betriebsverhältnisse geschlossen habe, wodurch 7000 Arbeiter ihre Stellen verloren. Die Regierung verkündete, daß sie sich gestungen sehe, die „besonders unwirtschaftlich arbeitenden“ Werksstätten vom 26. Januar ab zu schließen und sämtliche Arbeiter unter gleichzeitiger Aussicht auf weitere Dienste zu kündigen. Die Werksstätten würden demnach unter neuen Bedingungen geöffnet werden, oder die Wiederaufnahme sämtlicher bisher beschäftig-

ter Arbeiter sei unmöglich. Ausgenommen werden nur diejenigen Arbeiter, die sich schriftlich zu einer verständigen Affordarbeit auf Grund der neu vereinbarten Tariflohngröße und zu einer täglichen Arbeitszeit von vollen acht Stunden verpflichten.“ Zum Schluß ihrer Verlautbarung macht die Regierung eine ungeschickte Verbeugung vor dem neuen Tarif, indem sie erklärt, daß sie die mit den Gewerkschaften geführten Tarifverhandlungen voll anerkenne. Sie scheint nur zu überlegen oder nicht zu begreifen, daß dieser Streik, ohne vorausgegangene Verständigung mit den Arbeitervertretern geführt, zu dem Tarifgedanken in frassestem Widerspruch steht.

Am letzten Sonntag sind nun weitere große Betriebe, so in Breslau, Halle, Delitzsch und Berlin-Grünwald geschlossen worden. Die Verwaltung scheint also allmählich in allen Werksstätten neue Betriebsordnungen auf diese Weise einführen zu wollen.

Auch die Eisenbahner haben sich dem Streik der Verwaltung bisher gefügt. Die Organisationen und Tarifkommissionen haben nach dem ersten Anheb der Regierungen Erklärungen abgegeben, in denen sie zwar bei ihrer grundsätzlichen Ablehnung des Affordsystems verharren, sich aber verpflichten, dem Versuch mit der Affordarbeit keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Wir fühlen nicht das Recht, gegen die Eisenbahnerorganisationen dieser Haltung wegen Vorwürfe zu erheben, obwohl wir dem ganzen Affordrummel sehr skeptisch gegenüberstehen. Die Situation der Eisenbahnerverbände ist ungemein schwierig. Die Eisenbahner sind nicht geschlossen, sondern in mehreren Verbänden getrennt organisiert. Die Verbände haben zahlreiche neue, ungeschulte Mitglieder, die noch nicht sicher auf jeden Wind einer mit fester Hand geleiteten Organisation reagieren. Viele Einzelbewegungen brechen ohne Wissen und Willen der Verbände aus, und ein solches Auf- und Niedermogen der Bewegung hindert eine angelegte Handlung, die den Eisenbahnern wirklich merkbare Verbesserungen ihrer Lage und nachdrücklichen Einfluß auf die Betriebe bringen könnte. In solcher Situation mühen die Organisationen danach, einheitlichen und festen Boden unter die Füße zu bekommen durch den Tarif. Sollten sie ihn kheitern lassen, weil in einer — allerdings nicht unbeträchtlichen — Zahl von Betrieben Dinge vorgekommen wären, die die Verbände — so oder so — wohl kaum hätten verhindern können?

Wir verstehen, wie gelogt, die zähefortschreitende Zurückhaltung der Organisationen, womit jedoch zugleich das Benehmen der Verwaltung, die in dieser Lage, die ihnen bekannt war, und im Dunkel des Ausnahmezustandes nach dem Muster ältesten Schornsteinwerks diesen hinterhältigen Angriff gegen die Eisenbahner führte, die stärkste Verurteilung erfährt. Es verliert gegen Trenn und Glauben und zeugt von sehr mäßigem Verständnis für die Tarifidee, wenn mitten in den Verhandlungen vor eine Vertragsstille in solcher Weise gegen den anderen vorgeht, anstatt, im Sinne des Tarifgedankens, auch in dem kritischen Punkt Verständigung mit dem anderen Kontrahenten zu suchen.

Wir glauben nicht, daß diese Methoden die erwünschten Früchte — Veruhigung und Auslösung der Arbeiterschaft — hervorbringen werden.

Neber die Schließung der Betriebe in Halle und Delitzsch geht uns folgende Drahtmeldung zu.

Die Eisenbahnerverhältnisse in Halle und Delitzsch sind heute morgen geschlossen worden. Den Arbeitern sind durch Ausschlag die von der Regierung ausgehenden Maßnahmen bekannt gemacht worden. Die wirtschaftliche Not des Vaterlandes zwingt die Regierung, auf dem von ihr im Bewußtsein ihrer Verantwortung dem Falle gegenüber eingeschlagenen Wege fortzuführen und nach solche Eisenbahnerverhältnisse zu schließen, deren Leistungen den an sie zu stellenden billigen Anforderungen nicht entsprechen und deren Betriebe unwirtschaftlich sind. Im Einverständnis mit der Reichs- und Staatsregierung werden demnach wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes die Hauptwerkstätten Halle und Delitzsch sofort geschlossen. Sämtlichen Arbeitern wird

aus diesem Grunde das Dienstverhältnis unter Fortzahlung des Lohnes für 14 Tage gelöst. Die Wiederaufnahme sämtlicher bisher beschäftigten Arbeiter ist unmöglich. Ausgenommen werden bei erheblicher Einschränkung der Besatzschaften nur diejenigen Arbeiter, die sich den neuen Bedingungen unterwerfen. Wer sich bis zum 11. Februar nicht zur Aufnahme der Arbeit meldet, hat keine Aussicht, wieder eingestellt zu werden.

Bei einer Besprechung am 29. Januar, die zwischen dem alten Eisenbahndirektionspräsidenten Herr ab dem Direktionsbetriebsrat stattgefunden hat, erklärte Herr, daß die hiesigen Eisenbahnerverhältnisse nicht zu den sogenannten unwirtschaftlich arbeitenden Betrieben gerechnet werden könnten. Wenn die Regierung die Schließung der hiesigen Eisenbahnerverhältnisse dennoch anordnen würde, kann ersehen es aus einem anderen Grunde. Welcher Art mag dieser andere Grund sein?

Die Verhältnisse sind von Reichwehrtrouppen besetzt. In der Stadt ist trotz verstärkter Belagerungszustandes alles ruhig.

Unverschämte Heze.

In der vorigen Woche hatte der Heimfriedergraf Nevenklow in der „Deutschen Tageszeitung“ verlangt, daß jeder als Landesfeind für vogelfrei erklärt und demgemäß rücksichtslos und strafflos behandelt werden müsse, der sich durch die Feinde bestechen und gebrauchen lasse, ganz beionders gegen die auf den Auslieferungslisten verzeichneten Deutschen. Was unter „strafflos“ zu verstehen ist, konnte man sich nicht erklären. Die „Post“ jedoch druckte diese Stelle ohne Änderung ab und überlebte sie dann in die Forderung, daß die ganze Unabhängige Sozialdemokratie außerhalb der Gelebe gestellt werden müsse, weil sie nicht an der nationalisistischen „Einheitsfront“ teilnehme. Die „Freiheit“, so erklärte das Blatt schon am Freitag Abend, müsse bei ihrem Wiedereintreten aufs Gewissenhafteste beobachtet und beim ersten Versuch, die vaterländischen Interessen an die Entente preiszugeben und die Ehre der Nation zu befehlen, rücksichtslos verboten werden.

Nachdem wir nach vierwöchentlicher Frist wieder erscheinen können, übernimmt die „Post“ das Amt des Wächters. Nach ihrer Art beginnt das Organ der Scherindustrie und des Militarismus diese Tätigkeit mit der verleumderischen Denunziation, daß wir „mit einem neuen Blutbad“ rechneten.

Ein Blatt von der Art der „Post“ kann sich freilich keine andere Abrechnung als mit Blut und Eisen vorstellen. Die Freie, in deren Namen das Blatt spricht, möchten das deutsche Volk aufs neue in den Kriegswahnsinn heben, und damit nicht genug, wollen sie auch im Innern den Bürgerkrieg heraufbeschwören gegen die Schwächen der Bevölkerung, die sich der nationalisistischen Aufspaltung der Leidenschaften widersetzen. Das ist der Sinn der Heze des Blattes gegen die U. S. V. und die „Freiheit“.

Selbsterkenntnis?

Der „Vorwärts“ beannt seinen Leitartikel im heutigen Morgenblatt mit folgendem Absatz:

Vernunft und Besonnenheit sind leider nicht immer die Begleiter der Politiker und Staatslenker. Ingegriffen und bedrängt heigern sie sich oft in die Pose des Verliebten von Freiheit, Wahrheit und strenger Rechtfertigung, um dementsprechend Kampf und Opfer auf sich nehmen. Einmal in den Sattel gehoben, pressen sie nur allzuoft und allzuweit ihren Wahlspruch und setzen das Gegenstück von dem, um was sie stritten, in die Wirklichkeit um. Das ist eine alte Erfahrung, die allen regierenden oder mitregierenden Parteien, auch der unseren, als Warnung dienen muß.

Das klingt fast wie Selbsterkenntnis. Man wird jedoch enttäuscht, wenn man weiterliest; denn dann zeigt sich, daß sich diese Kritik nicht gegen die regierenden Rechtssozialisten, sondern gegen die Volksdemokraten richtet. Somit ist die Hoffnung gering, daß diese Erkenntnis des „Vorwärts“ wirklich zur Selbsterkenntnis und damit — nach dem bekannten Wort — zum ersten Schritt zur Verbesserung werden könnte.

Leise von Karl Liebknecht.

Personliche Briefe bedeutender Menschen haben auf den Leser darum so etwas Anziehendes, weil sie zwischen ihm und dem Verfasser einen verbindenden Faden knüpfen, den eigentlich nur der persönliche Verkehr, und auch der nur bei intimen Beziehungen, knüpft. In Briefen rein persönlicher Natur kann man einen Menschen, sucht man die Vorstellung von einer Persönlichkeit zu ergänzen, sie in ihrer Eigenart und ihrem Wesen zu begreifen. Für Karl Liebknecht, der in den Herzen fast aller Arbeiter und Sozialisten nur als hingebender Kämpfer für die Befreiung der Unterdrückten fortlebt, kommt uns hierbei eine Sammlung von ihm im Jahre und Buchhaus gedruckter Briefe gerade zur rechten Zeit in die Hand. Wer den Menschen Liebknecht kennen will, nicht den Liebknecht als das mahrende Gewissen des deutschen Kriegs-Reichstages, nicht nur als politischen Anwalt, als Versammlungsbredner oder Revolutionsführer, der große zu dieser Sammlung. Er wird von den Briefen dieser wichtigen und idealen Persönlichkeit nicht wieder fort kommen, als bis er auch den kleinsten „Zettel“ gelesen hat. „Der Karl Liebknecht, der, abgedruckt, tomtide um 12, um 1 Uhr nachts beim kam, sich dann ans Klavier setzte, um nach einige Minuten Chopin oder Verhoben zu spielen als Abschluß des Kampftages: das ist der Karl Liebknecht, der aus dem vorliegenden Buche und entgegentritt.“

Eigentlich konnte der Liebknecht mit seiner grenzenlosen Dingebegehrigkeit so unter großes Ziel, mit seiner Liebe zu den von der Gesellschaft so schlecht behandelten Proletariaten, gar nicht anders in seinen persönlichen Beziehungen sein, wie wir ihn hier kennen lernen. Dieser Entschlossenheit, der sich für alle Menschen aufopfert, konnte nur in einem ganz großen Menschen erwachen, dem nicht nur alles Menschliche demütigt geworden war, sondern der sich zu dessen Ueberwindung auch darüber zu stellen vermochte.

Die Briefe an seine Sonja (Liebknecht zweite Frau) gehören trotz aller Realität bei der Schilderung des hiesigen oder Buchhauslebens mit zu dem Schönsten, was je zwei Liebende sich schriftlich zu sagen vermochten. Nicht einen gereizten und vom Schicksal arg gequälten, im politischen Kampf aufgehenden Mann

— nein, einen Jüngling vermeint man zu sehen, in dessen Leben eine große und feste Liebe getreten ist, die ihn vieltausendmalig anregt, beunruhigt, ja die ihn der Schwärmerei in die Arme reißt. Auch Ferdinand Lassalle hatte diese Lebensperiode, als er die Vereinigung mit der von ihm über alles geliebten Helene Dornis (seiner gewaltigen zu erreichen gedachte. Nur ist die Liebe Karl Liebknechts zu seiner Frau Sonja trotz alledem viel ausgeprägter gewesen; denn wenn er sich auch wie ein Jüngling gab und seine Frau sein Mädchen nannte, so war er doch ein Vater, der seinen Kindern unendlich viel Liebe entgegengebracht hat. Die Briefe an seine Kinder! Das ist ein besonderes Kapitel. An sein damals elfjähriges Töchterchen schrieb er so herzlich, so froh trotz all der physischen und psychischen Qualen des Buchhauslebens, daß der Leser davon nicht nur reine Freude, sondern auch Staunen empfindet.

„Ich habe Euch so lieb, wie je ein Vater seine Kinder. Ihr müßt das wissen; Ihr dürft daran nicht zweifeln. Höhere Gewalt zwingen mich immer wieder aus der Familie. Habt Vertrauen zu mir und zu Sonja wie zu Euch selbst; aber nicht zu viel zu Euch selbst in dem Sinne, daß Ihr trübsalig und eingebildet werdet. Das wäre ein Jammer! Vorab an sich selbst muß jeder die schönste Arbeit, den schönsten Nahtag anlegen, sonst purzelt er von den Stelzen in die Pfützen. Arbeiten, arbeiten! Das befreit und befreitigt allein.“ So ruft Liebknecht seinen Kindern zu. Und ist ihnen ein treuer Freund und Berater in jeder Not, die sie bedrückt. Mit großem Verständnis versteht er sich in ihr Seelenleben. An seinen Jungen schreibt er am 26. 9. 1915: „Du bist jetzt groß genug, um mit mir zu reden zu können, mit Dein Herz aufzuschließen. Und das sollst Du tun, ganz ohne Vorbehalt, ohne das mindeste zu verbergen. Du trittst jetzt in das Alter des Uebergangs von Kind zum Mann — in der Seele treten neue Kräfte aus, die leicht irreführend werden oder von selbst irreführen können. . . . Hab Vertrauen zu mir und zu Sonja. Nichts vor uns verheimlichen, nichts tun, was Du uns zu befehlen scheust. Wir verstehen alles — ich habe alle Irrwege des menschlichen Herzens durchwandert, durchtastet — durchtastet. Nichts könnte Dir bekommen, was ich nicht wußte — und die nicht vergeben könnte und würde, wenn ich Dein Streben sehe, Dich durchzuhalten, hinaufzusteigen auf die Höhen — zur Sonne, in die unendliche Herrlichkeit der Welt. . . .“ O, daß es doch Millionen solcher Väter gäbe, die so mit ihrem Kinde sprechen, an ihrem Kinde arbeiten, wie es Karl Liebknecht tat!

Schmerzliche Nordhuden haben Liebknecht gemacht und

Böswillige oder Unwissende haben und leben in ihm einen gemeingefährlichen Wuchsbuben und Herdör, der in seinen Handlungen von egoistischen und niederen Beweggründen geleitet wurde. Aus dem: Bis Mensch und Komplex steht er groß und rein da und über seinen Tod hinaus sind und auch seine Briefe ein heller Auf zur Tat der Menschenliebe und Weisheit.

Sturm.

Sturm, mein Gefelle,
Du ruft mich!
Noch kann ich nicht,
Noch bin ich gefaltet.
Ja, auch ich bin Sturm,
Teil von Dir;
Und der Tag kommt wieder,
Da ich Ketten breche,
Da ich wiederum dranke,
Brause durch die Welten,
Erlaube um die Erde,
Stürme durch die Länder,
Stürme in die Menschen,
Trennschmerz und -Gorgen,
Sturmwind, wie du!

Stern wohl ist ich dich,
Hilft gewaltiger Kraft —
Lieber doch müß ich dich,
Sich ich dich, nicht ich dich!
Müß Du ein Wort mit,
Anderer Kraft, Volles Kraft,
Denkender Sturm der Kraft,
Nimmer befreit du mich!
Anderer Kraft, Volles Kraft
Dare ich schmecktsoll,
Dare ich voll Ungeduld,
Wann wirst Du finden sie?
Friedens- und Freiheitsdacht,
Kampfgedank auch für mich!

(Frühling 1917.)

Karl Liebknecht.

*) Karl Liebknecht: Briefe. Verlag der Buchhändler „Die Aktion“ (Herausg. von) Berlin-Wilmersdorf.

Das Attentat auf Hugo Haase.

Der Mordanschlag, den am 8. Oktober a. J. der Arbeiterführer Johann Gah auf den Genossen Hugo Haase verübte, bildet den Hintergrund einer Anklage gegen den verurteilten Mörder, die in der „Freiheit“, Genossen Alfred Wielepp, der sich am 6. Dezember eines am 4. Dezember a. J. in der „Freiheit“ erschienenen Artikels vor der 8. Staatskammer des Landgerichts I wegen Beleidigung der Justizbehörden zu verurteilen hatte. Der Artikel, betitelt „Am Schandpfahl der Geschichte“, war die Siebzigjahrfeier eines Mitglieds des Leipziger Arbeitervereins, die dieser auf dem Parteitag in Leipzig gehalten hatte. In diesem Artikel wird den Justizbehörden in Form von verschiedenen Aussagen der Vorwurf gemacht, nicht genügend zur Feststellung der Verbrechen, den Täter und seine eventuellen Helfer Helfer getan zu haben; insbesondere wird die Bewandlung darüber ausgesprochen, daß Gah bereits kurze Zeit nach Verhaftung des Verurteilten als geisteskrank und für seine Tat strafrechtlich nicht verantwortlich erklärt worden ist, trotzdem noch kurze Zeit vor dem Attentat ein monatelanges Verbot wegen Verurteilung gegen ihn schwebte, was von einer geistigen Minderwertigkeit des Täters mit keinem Wort die Rede war.

Der Angeklagte erklärte auf Befragen des Vorsitzenden des Gerichts, Landgerichtsdirektor Jopp, das Attentat auf Haase habe ihn in gewaltige Erregung versetzt. Haase habe zu den Mitgegangenen der „Freiheit“ in engen Beziehungen gestanden und sie häufig mit Rat und Tat unterstützt. Sein Verstoß sei die für die Partei auch für die Redaktion der „Freiheit“ ein äußerst schwerer, und das Gefühl, daß ebenso wie so viele andere Arbeiter und Arbeiterinnen auch die Mordtat angefaßt haben, habe die Erregung bei den Freunden des Verurteilten ausgenutzt. Die Tatsache, daß das Attentat kurz vorher verübt wurde, als Haase im Begriff war, eine große politische Rede zu halten, habe zu dem Verstoß geführt, daß hinter diesem Anschlag politische Bestrebungen standen. Aus diesem Grunde habe Wielepp in Leipzig eine Anklage gehalten, die in der „Freiheit“ veröffentlicht wurde und in demselben Sinne gehalten ist.

Die Verteidiger des Angeklagten, Genossen Dr. Voennhelm und Dr. Siegfried Weinberg, hielten die Behauptung aufrecht, daß die Staatsanwaltschaft die Sache nicht mit der gebührenden Sorgfalt bearbeitet habe. Wichtige Fragen seien nicht vernommen worden, trotzdem ihre Adressen bekannt waren. So wurde z. B. ein mit voller Adress versehenen Brief eines gewissen Krüger, der dem Attentat ein Verbrechen, er solle sich geisteskrank stellen, einfach zu den Akten gelegt, ohne daß die Staatsanwaltschaft sich darum kümmerte, wer der Verurteilte sei und was er sonst treibe. Aus dem Akten wurde ferner festgestellt, daß bereits im Jahre 1918 der damalige Finanzminister gegen Gah den Strafantrag wegen Verurteilung gestellt hat und daß in dem monatelangen Verfahren die Staatsanwaltschaft keinerlei Bedenken gegen die Zurechnungsfähigkeit des Gah gehabt habe.

Der vom Staatsanwalt geladene Sachverständige Geh. Medizinalrat Professor Dr. Strakmann behauptete: Es sei kein Zweifel, daß bei Gah ein Fall chronischer Gehirnkrankheit vorliege. Er habe zuerst in einer Privatklinik gespielt und glaubte dort Schwindelattacken auf die Spur gekommen zu sein. Der Gedanke führte ihn zu der Idee, daß auch bei der großen Lotterie solche angeblichen Behauptungen vorlägen. Er hat auch seine Frau mit dieser Idee infiziert und dann das Attentat auf Haase, an den er sich vergeblich gewandt hatte, ausgeführt. Aus seinen an den bestimmten Verbindungen ging hervor, daß die Tat aus einem krankhaften Wahnvorstellungen entsprungen ist, und er niemals auch nur die geringste Andeutung dafür gemacht, daß noch andere Personen bei der Tat beteiligt gewesen seien. Bei der Zweifelsfrage dieses Falles bedurfte es keiner besonderen forensischen Untersuchungen und keiner vollständigen forensischen Untersuchung, wie es die Verteidiger als notwendig betont hatten.

Sachverständiger Dr. Hagedorn von der Anstalt Herzberge schloß sich vollständig dem Gutachten des Geh. Medizinalrats Strakmann an. Im Falle Gah zeigte sich das typische Bild chronischer Gehirnkrankheit und systematischer Wahnvorstellungen. Gah habe bei allen Befragungen mit ihm niemals etwas davon geäußert, daß er von irgend jemand zu dem Attentat angehetzt oder benutzt worden wäre.

Auf Befragen der Verteidiger behauptete Dr. Strakmann, daß er Gah nur einmal im Gefängnis besucht habe und keine Interviews mit ihm vorgenommen habe. Er habe festgestellt, daß er einen Geisteskranken vor sich habe. Die weitere Frage, ob er es nicht seltsam finde, daß die Justizbehörden, die das Verbrechen wegen Verurteilung gegen Gah verurteilten, nicht schon dessen Geisteskrankheit erkannt hätten, beantwortete Prof. Strakmann dahin, daß ein Mensch wie Gah gewöhnlich erst ein Kapitalverbrechen verübt haben müßte, ehe man dahinter kommt, daß er geisteskrank ist. (1)

Professor Friedmann hielt gestern im Garnisonlazarett in der Schadowstraße vor vielen medizinischen Autoritäten und Publikum seine Vortragsreihe über sein Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose. Er gab einen Überblick auf die Geschichte der Tuberkulosekämpfe, erörterte die Verdienste Robert Kochs und kam dann auf sein Mittel zu sprechen, das er aus Tuberkulosebakterien der Schilddrüse herangewonnen und als Gegenmittel gegen die Keimübertragung verwendet. Er führte dann eine große Anzahl von Patienten vor, die seit Gebrauch des Friedmannschen Mittels ihrer Heilung entgegenzusehen.

Herr Prof. Meisel, dem es infolge der Randnotizen Vorzüge an der Universität zur Zeit unmöglich ist, seine Vorlesungen abzuhalten, spricht am Donnerstag, den 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in Schöneberg, Gedenkenstr. 47 (Werner-Siemens-Realschule) über „Einnahme und Taktik im Kampf um Ideen“ in einer öffentlichen Versammlung der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“.

Romania-Rundabend. Sonnabend, den 14. Februar, wird im großen Saale der Philharmonie von 7 1/2 Uhr ein Romanien-Rundabend stattfinden, unter Mitwirkung von Frau Gertrud Elyardt, Frau K. Deutsch, Fritz Kottner und Schriftsteller Josef Kowatz und Wenzl.

Märchen-Rachmittage. Die Division des Volkstheaterzentrums hat für die Mittwoch-Nachmittag-Märchen-Vorstellungen bekannte Märchen-Erzähler wie Johanna Terwin, Josef Kottner und Wille Müller verpflichtet. Bereits am morgigen Mittwoch wird ein Programm brisierend aus Erzählungen, Märchen, Scherzreden für die große und kleine Welt zur Aufführung gelangen. Eintrittspreise 0.60—2.00 Mk.

In der Volkshäuser sind bei der Aufführung von Friedrich Hebbes „Gutes und sein Ring“ am Freitag, den 13. Februar, die Hauptrollen mit Fritz Stadt-Rathaus (Rundfunk), Max Dietrich (Mordach) und Wälder Habant (Gutes) besetzt. — Die Volkshäuser und Herr Doktor Paul Lehmann haben ihren bis Ende dieser Spielzeit laufenden Vertrag im gegenseitigen Einverständnis gelöst.

Im Schauspielhaus findet am 17. Februar die Aufführung der Tragödie „Die Liebe Gottes“ von Max Gorki statt. Hauptrollen: Wenzl und Ely Kottner.

Leipzig-Theater. Volkstheater. Die Brüder Bernemann in deutscher Bearbeitung von Franz Grillparzer wird im Leipzig-Theater nach im Laufe dieser Spielzeit erstmalig in Szene gehen, ferner „Wagner, Wagner“ und „Der Götterkaiser“.

Der Vertreter der Anklage, erster Staatsanwalt Rasch, verteidigt die Ansicht, es sei in der ganzen Strafanlage kein Grund aus forensischer und einwandfreier Seite des Verurteilten zum Verurteilen an bis zu Ende geführt worden. Das Verbrechen sei durch eine ordnungsmäßig zustande gekommen und die Staatsanwaltschaft hätte mit Recht den Antrag gestellt, den Verurteilten außer Verfolgung zu setzen. Es habe auch nicht der geringste Grund vorgelegen, nach der ganzen Sachlage nach etwaigen „Mittelschritten“ zu forschen. In der Zeit, wo alles ins Werk gesetzt sei, habe sich die deutsche Justiz als ein „rocher de bronze“ erwiesen, und sie sei vor so schweren Verurteilungen, wie sie in dem Artikel zum Ausdruck kommen, zu stehen. Der Artikel sei in einer Zeit erschienen, wo die politischen Verhältnisse sehr hoch gingen und es Pflicht jedes einzelnen gewesen wäre, dafür zu sorgen, daß nicht neuer Mord in die Massen hineingeworfen wurde. Der Staatsanwalt beantragte 8 Monate Gefängnis.

Die Verteidiger betonen demgegenüber, daß die im Artikel geltend gemachten Tatsachen unwiderleglich bezeugt seien. Die Vorwürfe gegen die Justiz befänden demnach zu Recht, die daran geknüpften Forderungen seien nicht zu weit gegangen. Die Staatsanwaltschaft habe hier bei einem Revisionsverfahren eine auffällige Passivität gezeigt, die den Angeklagten zu einem gewissen Mißtrauen bringen mußten, ob die Geisteskrankheit des Gah wirklich echt sei. Die Verteidiger machten für den Angeklagten den Schutz des § 193 St.G.B. geltend und beantragten die Freisprechung, event. aber nur eine Geldstrafe.

Erster Staatsanwalt Rasch betonte nochmals, daß die erhobenen Vorwürfe völlig grundlos erhoben worden seien und die Unternehmung vollständig korrekt und einwandfrei vor sich gegangen sei.

Der Angeklagte wandte sich ebenfalls nochmals gegen den Staatsanwalt und fragte ihn, ob dieser den „rocher de bronze“ der Justizbehörden so verhebe, daß keinerlei Kritik an einzelnen Organen derselben geübt werden dürfe. Wenn die Justiz so empfindlich sei, dann solle sie es da sein, wo es angebracht sei. Mächtig sei ein Strafverfahren gegen einen Kaufmann zur Verfügung worden, der den Richtern vorgeworfen habe, sie ließen sich durch Befreiung von Lebensmitteln bestechen. Der Angeklagte betont, daß gerade die erregte Zeit ihm zugute gehalten werden müßte, da viele Dinge bestritten seien, die nicht mit Selbstzweigen abgetragen werden konnten.

Nach 1 1/2 stündiger Beratung verurteilte Landgerichtsdirektor Jopp folgendes Urteil: Das Gericht erachtet in dem Inhalt des Artikels sowohl objektiv wie subjektiv eine Beleidigung, da der Justizbehörden einerseits Unfähigkeit und andererseits Unparteilichkeit angezweifelt wurde, andererseits ihnen die Unparteilichkeit abgesprochen werden sollte. Ein Beweis der Unrichtigkeit sei durch die Aktenunterlagen nicht erbracht worden. Dem Angeklagten sei der Schutz des § 193 angedeihen lassen. Das Gericht habe jedoch auf die §§ 193 und 194 St.G.B. erkannt mit Rücksicht darauf, daß durch den Artikel die Erregung der Massen in ganz unbedeutender Weise ausgenutzt worden sei. Das Urteil lautete deshalb auf 600 Mark Geldstrafe, auch wurde den beleidigten Behörden die Publikationskosten in der „Freiheit“, dem „Vorwärts“ und der „Völkischen Zeitung“ zugesprochen.

Erzberger gegen Helfferich.

Heute morgen begannen die Verhandlungen über den Fall Erzberger, der aller Wahrscheinlichkeit nach mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Es wird zunächst ein Bericht des Kommissars vorgelesen, in dem es heißt: Während die Firma Erzberger mit ihren Schiedsgerichtsverfahren zunächst in mehreren Prozessen teils statt abgewiesen wurde, teils einen sehr geringen Bruchteil ihrer Forderungen anerkannt hielt, ist es ihr gelungen, im letzten Jahre in mehreren Prozessen in erheblichem, wenn auch keineswegs vollem Umfang abzuhängen. Sowohl in demjenigen dieser Prozesse, der die große Urteilssumme zugunsten der Firma Erzberger im Gefolge hatte, wie auch in demjenigen, in dem der gerichtliche Spruch gefällt wurde, war der Reichsstaatsanwalt Erzberger Schiedsrichter, ernannt von der Firma Erzberger. Wie ich zu meinem Bestreben aus den Akten ersehe, ist Erzberger wenige Wochen nach dem letzten Spruch in den Ausschluß der Firma getreten. Das erregt mein lebhaftes Befremden. In großen Gesellschaften pflegen in der Regel wochenlange Erörterungen stattzufinden, ob eine Persönlichkeit geeignet ist, dem Ausschluß beizustimmen. Die Tatsache, daß Erzberger den Schiedspruch für die Firma Erzberger erkannte und dann wenige Wochen später in den Ausschluß trat, ist befremdend. Ich werde Erzberger in Zukunft als Schiedsrichter ablehnen. Der Reichsstaatsanwalt Erzberger wurde öffentlich in seiner Stellung als Staatssekretär des Innern am 28. Juni 1917 erachtet. — Helfferich: Das Kommissar betrachte also jedenfalls die Schiedsprüche, an denen Erzberger mitgewirkt hatte, nicht nur als günstig für die Firma, sondern sogar als auffallend günstig. Nach meiner Auffassung liegt der Schwerpunkt in der unbestrittenen Tatsache, daß ein Abgeordneter, drei Wochen nachdem er als Schiedsrichter zwischen dem Reich und einer Privatgesellschaft fungiert hat, in den Ausschluß dieser Gesellschaft eintritt. Wenn ein Abgeordneter von der Stellung des Herrn Reichsstaatsanwalts sich einen Brief gefallen läßt, in dem er um seine Intervention in einer Angelegenheit gebittet wird, in der die Aufhebung beim Reichstag des Innern geht, wenn der Schiedsrichter sich unterhält, so sagen: „Ich bin bereit, die aber jene auf die Entscheidung Einfluß auszuüben. Persönliche für meine Sache finanziell zu interessieren“ — wenn dann das 8 Prozent meines Umsatzes auszumachen“ — wenn dann der Abgeordnete diesen Reichsstaatsanwalt, der ihm einen glatten Verhandlungsverlauf anstiftet, nicht vor die Tür setzt, sondern tatsächlich beim Reichstag des Innern ins deniert, so sogar mit diesem Reichsstaatsanwalt als Abgeordneter und später als Minister in einem inneren nicht unerheblichen Verhältnis zusammenhängt. — dann kann ich allerdings von diesem Mann nicht das Gefühl für politische und geschäftliche Wohlwollendigkeit erwarten. Es handelt sich dabei um den Preis eines Herrn von der Rolle, der am 27. November 1917 an den damaligen Abg. Erzberger geschrieben hatte, um ihn um Intervention für den Kriegsausgleich für Österreich zu ersuchen. Kurz nach dem Ausbruch des Reichstages Michaelis ging ein neues Schreiben des Kommissars ein, in dem mitgeteilt wurde, die Donauländische Baugesellschaft habe Herrn Erzberger neuerdings als Schiedsrichter benannt, das Kommissar beauftragt auf Grund der am 1. Juni berichteten Vorgänge bei Erzberger, Herrn Erzberger als Schiedsrichter abzulehnen. Ich mag die Sache dem Reichsstaatsanwalt Michaelis vor und stelle dabei offen, den Versuch zu machen, Erzberger zum freiwilligen Verzicht auf das Schiedsrichtertum zu bewegen. Der Antrag erzielte mir schließlich am 10. Oktober 1917 den schriftlichen Kultur, es auf diesem Wege zu versuchen. (Die Verhandlung dauert fort.)

Die Urteilsurteile. Der Entwurf des Gesetzes über die Grundschule ist, nachdem er die Zustimmung des Reichstages erhalten hat, dem Reichstag zur Beratung vorgegangen. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß die Grundschule bis zum 1. August 1920 in Kraft zu treten soll. Alle öffentlichen und privaten Volksschulen müssen aufgegeben. Es wird in diesen den Vorschriften eine gewisse Abweichungsgewalt zugestanden, doch soll der erste Jahrgang schon im kommenden Jahr nicht mehr neu mit Schülern besetzt werden. Die Tätigkeit der öffentlichen Volksschulen hat nach dem Entwurf mit Beginn des Schuljahres 1921-22, die der Privatschulen mit Beginn des Schuljahres 1922-23 beendet zu sein. Das Gesetz

enthält bestimmt weiter, daß die durch Aufhebung der Volksschulen frei werdenden Schulplätze an andere öffentliche Schulen bei gleichbleibender Besetzung weiter zu beschäftigen sind. Privatunterweisung einzelner Kinder oder geschlossener Gruppen soll nur ausnahmsweise zugelassen, im allgemeinen verboten sein. Es besteht die Absicht, das Gesetz, falls die Verhandlung im Reichstag und in der Nationalversammlung rechtzeitig erfolgt, noch vor Beginn des neuen Schuljahres am 1. April in Kraft zu setzen.

Die Verhandlungen über den Bankerwerb. Die Verhandlungen im Schiedsgericht über den Reichstaxif im Bankerwerb werden im Reichsstaatsministerium am Mittwoch 10 Uhr vormittags beginnen. Der Reichsstaatsminister hat Geh. Regierungsrat Dr. Eibler zum Vorsitzenden und Reichsstaatsminister Jeller und Ministerialdirektor Pideri zu unparteiischen Beisitzern dieses Schiedsgerichts bestellt. Außerdem werden je vier von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern benannten Beisitzer dem Schiedsgericht angehören.

Der Beamtenbund für den nächsten Freitag. Der Beamtenbund erläßt einen Aufruf an die deutsche Beamenschaft, in dem er die Unzulänglichkeit der Beamten erklärt, in die Verlängerung ihrer Arbeitszeit auf acht Stunden täglich einzuwilligen. — Die dringend nötige Reorganisation der Arbeitsregelung der Beamten wird dadurch nicht überflüssig.

Die Zusammenlegung der russischen Streitkräfte. Eine Note des Wiener „Neuen Tag“ entwirft die folgende Einzelheiten: Die bolschewistischen Streitkräfte haben unter dem Kommando des revolutionären Militärates, der seinen Sitz bei Moskau hat, Präsident des Rates ist Trotzki. Die Armee zerfällt in vier Fronten. Die Nordfront steht unter dem Kommando des Generals Gills und umfaßt 62 000 Mann. Die Westfront mit 146 000 Mann steht unter dem Kommando von General Barski. In ihr gehören die 8., 9., 10., 11. und 13. Armee. Diese fünf Armeen stehen zwischen dem Dnjepr und dem Karpaten Meer. Die Ostfront: von Norden bis Süden umfaßt 400 000 Mann und besteht aus der 1., 2., 3., 4. und 5. Armee, sowie den turkestanischen Abteilungen. Die Westfront mit 180 000 Mann unter dem Kommando des Generals Zuejsejts besteht aus der 7., 12., 15. und 18. Armee. Insgesamt verfügen die Bolschewisten über 400 000 Gewehre, 17 000 Mann Kavallerie, 15 000 Maschinengewehre, 2000 Geschütze, Gift und Disziplin der roten Armeen sind sehr gut, Soldatenkader gebe es nicht. Begründlich der rumänischen Truppen an Dnjepr teilt der Generalkommandant mit, daß die Rumänen ungefähr 7 Divisionen, zusammen etwa 84 000 Mann, und eine Kavallerie Reiterarmee mit drei Divisionen mit 30 000 Mann aufgestellt haben. Die Polen haben ungefähr 850 000 Mann unter dem Kommando des Generals Czerk Gallet aufgestellt.

Die Probleme der englischen Arbeiterpartei hat zu ihrem Führer Lebensgefährte Adamson, nicht Henderson, gewählt.

Das englische Parlament, das heute eröffnet wird, wird die Somervillefrage, die Verstaatlichung des Bergbaues, die englische Handelspolitik und eine Reihe Probleme der sozialen Gesetzgebung behandeln.

Die ungarische Friedensdelegation ist zur Überreichung des Entwurfs der ungarischen Regierung auf die Friedensbedingungen nach Paris abgereist.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Artisten im Wintergarten.

Wie bereits mitgeteilt, befinden sich die Artisten des Wintergartens seit Sonnabend im Streik. Es handelt sich bei der Streikursache bei diesem Streik nicht um Ausdrückung höherer Sorgen, sondern die Direktion soll lediglich zur Anerkennung des von anderen Unternehmern bereits anerkannten Tarifvertrages gezwungen werden. Diese Forderung war von den Herren Dirch schon in bräutlicher Form abgelehnt worden. Gebot es nach zum Streik kam, machte die Direktion durch Flugblätter bereits gegen die Artisten (Kampf). Jetzt, da es zum Streik gekommen ist, soll öffentlich die Direktion die einzelnen Artisten angeht. Diese Gegenöffentlichung ist nicht anders als eine Verleumdung des leichtgläubigen Publikums. Es sind lediglich die Herren der sogenannten „Stars“ veröffentlicht. Die meisten dieser Artisten treten im Wintergarten überhaupt nicht mehr auf. Es ist zu bedauern, daß die Artisten nicht im ganzen Jahre „arbeiten“, enorme Ausgaben für Kostüm, Apparat, Reisen, Prokt usw. haben. Andere Artisten haben eine größere Anzahl von Tieren, in denen ein Kapital investiert ist. So hätte ein Artist, der 2000 Mk. per Monat erhält, an Reisekosten allein 2000 Mark zu tragen. Bei einem anderen Artist, der in den 3 Monaten mit 7500 Mk. figuriert, wurde vergessen zu bemerken, daß diese Geld nicht ein einzelner, sondern eine Gruppe von acht Personen erhält.

Eine öffentliche Artistenversammlung besetzte sich am Montag mit dem Streik. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschuldigungsantrag angenommen, in der der Streikleitung volles Vertrauen ausgedrückt wird. Unter allen Umständen soll an den leiblich, sozialen und herben Forderungen festgehalten werden. Die Zustimmung in der Versammlung ließ erkennen, daß die Streikleitung sich nicht einschüchtern lassen und bestehen werden, die Anerkennung des Tarifvertrages durchzusetzen.

Teuerungsbekämpfung bei den Buchhändler-Angeklagten. Weshalb wurde in einer Versammlung der Angeklagten des Groß-Berliner Buchhandels Verband gegeben von den unternehmenden Schritten zur Erreichung einer Teuerungsbekämpfung. Den Unternehmern waren Forderungen auf die bestehenden Gehaltsätze von monatlich 125 bis 200 Mark übermitteln worden. In bräutlicher Weise wurden die Forderungen als unbillig und abgelehnt. Namentlich Freitag soll die Angelegenheit vor dem Schlichtungsausschuß entschieden werden. In der Aussprache wurden die Forderungen als unzureichend bezeichnet. Weiter machte ein Redner auf die enormen Verluste der Unternehmern aufmerksam. Eine Resolution, die die Organisationen beauftragt, die Forderungen mit allen Mitteln durchzusetzen, wurde einstimmig angenommen. Weiter wurde beschlossen, den Tarifvertrag zu kündigen. Die Forderung, auf der sich der neu einzusetzende Tarifvertrag bewegen soll, wurde eingehend erörtert. Die Kommission, die die Tarifverhandlungen führen soll, wurde aus der Versammlung gewählt.

Die Angeklagten-Anschlüsse in den Opernverleihen nahmen Montag in einer Versammlung in den Gassen einen Vorbericht über die Gehaltszulagen entgegen. Rückwirkend ab 1. Dezember sollen folgende Gehaltszulagen in Kraft: für männliche Angehörige je nach Art der Beschäftigung 25—50 Prozent, weibliche 60/4 Prozent, jugendliche 10 Prozent.

Schwarzpflanz, Göttingstraße. Die noch aufzuhaltenden Redaktionen von Metallarbeiterstreik mögen sich Mittwoch oder Donnerstag den 11. resp. 12. Februar, zwecks Abholung einer Unterstützung beim Arbeiterrat melden. Der Obmann.

„DIE WAHLORDNUNG“

mit Anhang zum Gesetz über Betriebsräte von E. Aufhäuser ist soeben erschienen und zum Preise von 50 Pfg. bei anders u. beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt von der Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 9-9. Bestellungen auf die Wahlordnung sofort erbeten. 15

